

Elisabeth Jeggle

Ihre Stimme in Europa



Infobrief aus Straßburg 21. - 25. Oktober 2013

Estrella-Bericht zu Abtreibung verschoben

Am Dienstag stand ein Entschließungsantrag des Ausschusses für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter zur "sexuellen und reproduktiven Gesundheit" auf der Tagesordnung. Die Entschließung war heftig debattiert worden, da sie auch Passagen zu sexueller Aufklärung und Abtreibung enthielt.

Meine Fraktion stand der Entschließung sehr ablehnend gegenüber und wir konnten ausreichend Druck aufbauen, sodass die Abstimmung verschoben und der Bericht zur Überarbeitung zurück an den Ausschuss verwiesen wurde.

Es gab Änderungsanträge, die ich hätte unterstützen können, die aber durch die Rücküberweisung an den Ausschuss nicht zur Abstimmung gekommen sind. Auch bei einer erneuten Abstimmung gehe ich davon aus, dass die ursprünglichen Forderungen zu Abtreibung wieder da sein werden. Jeder der mich kennt weiß, dass ich diesen niemals zustimmen werde.

Mich erreichten zu diesem Thema über 4000 E-Mails, meist mit der Bitte, die Entschließung abzulehnen oder die Abstimmung zu verschieben. Dies ist uns gelungen. An dieser Stelle möchte ich all denen, die aufgrund der enormen Anzahl an E-Mails keine Antwort von mir erhalten haben versichern, dass ihre Nachricht dennoch Gehör gefunden hat und auch ich mich für eine Verschiebung der Abstimmung ausgesprochen habe.

Obgleich die Entschließung nicht abgestimmt wurde möchte ich Ihnen zu Ihrer Information mitteilen, dass ein solcher Entschließungsantrag keine rechtlichen Konsequenzen innerhalb der EU nach sich zieht. Die Europäische Union hat beim Thema Abtreibung Gott sei Dank keine gesetzgebenden Kompetenzen. Das ist Sache der Mitgliedsstaaten und soll aus meiner Sicht auch so bleiben.

Bessere Kontrolle von Medizinprodukten - Keine unnötige Bürokratie schaffen

Das Europaparlament hat sich am Dienstag für eine strengere Regulierung von Medizinprodukten ausgesprochen. Damit sollen Sicherheit, Rückverfolgbarkeit und Transparenz bei medizinischen Produkten verbessert werden. Hintergrund ist der Skandal um die schädlichen Brustimplantate, die bei der Zulassung noch hochwertiges Silikon aufwiesen, später



Quelle: Europaparlament

jedoch mit minderwertigem Silikon hergestellt wurden. Um dies zu verhindern sollen künftig nach dem Willen des Parlaments auch Kontrollen nach der Markteinführung eines medizinischen Produkts vorgenommen werden können.

Allerdings sprachen wir uns mehrheitlich für eine Verbesserung im Rahmen des derzeit geltenden Systems aus. So soll es weder eine Vorabzulassung noch eine zentrale Zulassungsstelle geben, um Bürokratie zu vermeiden und die Unternehmen nicht unnötig zu belasten. Stattdessen sollen sogenannte "benannte Stellen" in den jeweiligen Mitgliedsländern die Zulassung der Produkte übernehmen. In Deutschland wären diese benannten Stellen der TÜV und die Dekra. Zudem können Hochrisikoprodukte wie Herzschrittmacher zusätzlich von einem Expertenkomitee untersucht werden.

Die Sicherheit der Patienten steht an oberster Stelle und wird mit diesem Vorschlag nochmals verbessert. Dabei haben wir jedoch auch die Belastung der Unternehmen im Blick, die nicht unverhältnismäßig ansteigen darf.

Bevor die Neuregelung in Kraft treten kann müssen sich die Vertreter des Europäischen Parlaments mit der Europäischen Kommission und den zuständigen Gesundheitsministern der Mitgliedsstaaten abschließend einigen. Weitere Informationen dazu finden Sie [hier](#).

Aung San Suu Kyi im Europäischen Parlament

Die Menschenrechtsaktivistin Aung San Suu Kyi aus Myanmar ist diese Woche nach Straßburg gereist, um am Dienstag vom Europäischen Parlament den Sakharov-Preis entgegenzunehmen. Das Parlament hatte Aung San Suu Kyi diesen Preis für geistige Freiheit bereits im Jahre 1990 verliehen. Aufgrund ihres jahrelangen Hausarrests konnte sie ihn jedoch nie entgegennehmen.

Es war mir eine besondere Freude Aung San Suu Kyi im Parlament begrüßen zu können, da ich sie im Zuge meiner Reise nach Myanmar im April dieses Jahres treffen konnte. Als Mitglied des Menschenrechtsausschusses konnte ich mit einer kleinen offiziellen Delegation in ihr Heimatland reisen, um über die Situation der Menschen mit ihr und insbesondere der dortigen Militärregierung zu sprechen.

In ihrer Rede im Plenum des Europäischen Parlaments forderte sie die Europäische Union auf, dazu beizutragen, Frieden und Sicherheit für die Bevölkerung in Myanmar durch Vermittlung schaffen zu helfen. Außerdem sprach sie sich dafür aus, die Verfassung in Myanmar zu ändern um dem Land eine föderale Struktur zu geben. In Myanmar leben verschiedene ethnische Gruppen, darunter auch ein großer Teil Christen, und auch ich bin der Auffassung, dass ein friedvolles Zusammenleben nur dauerhaft funktionieren kann, wenn diese Gruppen ein Mindestmaß an Autonomie erhalten.

Aung San Suu Kyi setzt sich seit über 20 Jahren für eine gewaltlose Demokratisierung ihres Heimatlandes ein. Sie wird für die Präsidentschaftswahlen in zwei Jahren in Myanmar kandidieren. Weitere Informationen zur Preisverleihung erhalten Sie [hier](#).



Die Preisträgerin Aung San Suu Kyi mit mir in Myanmar Quelle: Eigene Bilder

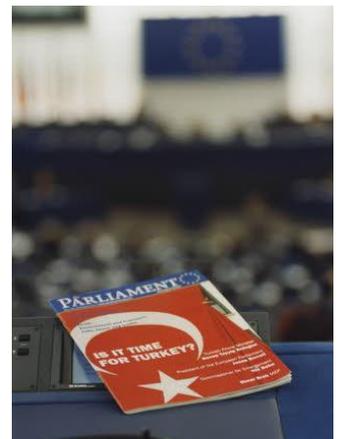
Durchbruch beim Handelsabkommen zwischen EU und Kanada

Die EU und Kanada haben den Durchbruch bei den Verhandlungen um ein Handelsabkommen, das sog. CETA-Abkommen, erzielt. Das Abkommen, bei dessen Ausarbeitung ich als stellvertretende Vorsitzende der Kanadadelegation beteiligt war, soll es der EU und Kanada ermöglichen, ihre jeweiligen Handelspotentiale voll zu nutzen. Durch den Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen sollen so beide Parteien und vor allem die Menschen profitieren, die Wirtschaft angekurbelt und Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks geschaffen werden. Das Handelsabkommen mit Kanada wird auch als Beispiel für die gerade angelaufenen Verhandlungen mit den USA herangezogen werden.

Zu diesem reinen Handelsabkommen gehört ein sog. politisches Rahmenabkommen, in dem sich die EU und Kanada zu gemeinsamen Grundwerten wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte bekennen. Ich bin Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für dieses Rahmenabkommen und auch dieses wird für künftige Abkommen als Vorlage dienen. Ziel der EU ist es, ein Handelsabkommen immer auch an die Achtung allgemeiner Grundwerte und Menschenrechte zu koppeln.

Übereilte Eröffnung von neuem Verhandlungskapitel mit der Türkei

Am Dienstag wurde im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ein neues Kapitel eröffnet. Angesichts der Vorkommnisse in den vergangenen Monaten halte ich diesen Schritt für übereilt. Die EU sollte meiner Meinung nach ihren Einfluss zunächst dazu nutzen, von der türkischen Regierung Menschenrechte, Meinungs- und Religionsfreiheit sowie Minderheitenschutz verstärkt einzufordern. Eine Entschließung des Europäischen Parlaments, in der die Gewalt gegen die Demonstrationen streng verurteilt und zu einer friedlichen Lösung aufgerufen wurde, wurde von Ministerpräsident Erdogan zurückgewiesen. Diese Zurückweisung darf nicht ohne Folgen bleiben und ein Land, das eine Mitgliedschaft in der EU anstrebt sollte für konstruktive Kritik der gewählten Volksvertreter offen sein.



Quelle: Europaparlament



mit herzlichen Grüßen
Ihre Elisabeth Jeggle

Elisabeth Jeggle MdEP

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Anschrift Europäisches Parlament

Europäisches Parlament
Rue Wiertz – ASP 10E 209
B-1047 Brüssel

Tel. 0032 - 2 - 284 5351

Fax 0032 - 2 - 284 9351

elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu

Anschrift Europabüro

Elisabeth Jeggle
Bahnhofstr. 8
D-88250 Weingarten

Tel. 0751 - 560 92 530

Fax 0751 - 560 92 550

kontakt@euroeggle.de

**Elisabeth Jeggle,
Mitglied des Europäischen Parlaments**